

15.02.2023

Zentralstelle
Telefon +49 711/22572-34
zentralstelle@gemeindetag-bw.de

Zumeldung zur dpa-Meldung FDP-Fraktion warnt vor «Bildungskatastrophe» in Baden-Württemberg vom 15. Februar 2023

Zur dpa-Meldung, wonach die FDP-Landtagfraktion vor einer „Bildungskatastrophe“ warnt, erklärt Gemeindetagspräsident Steffen Jäger:

„Richtig ist, dass Kinderbetreuung eine kommunale Aufgabe ist. Der diesbezügliche Rechtsanspruch ist jedoch im Bundesrecht geregelt, die Erfüllungsstandards werden vom Land festgelegt. Und Baden-Württemberg gibt hier die im Bundesvergleich höchsten Erfüllungsstandards vor. Im Ergebnis führen Rechtsanspruch und höchste Standards nun aber leider in einer stark wachsenden Zahl an Einrichtungen zu einer Verunmöglichung der Aufgabenerfüllung.“ Dabei haben die Kommunen in den letzten 15 Jahren, so der Gemeindetagspräsident, einen gewaltigen Kraft- und Investitionsakt betrieben. Die Zahl der Erzieherinnen und Erzieher wurde mehr als verdoppelt und liegt zwischenzeitlich bei rund 100.000. Im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Plätze um rund 20 Prozent angestiegen. Allein in diesen 15 Jahren haben die Kommunen ihre Ausgaben von 1,6 Milliarden Euro auf rund 4,8 Milliarden Euro verdreifacht, was zum Teil auch durch eine überdurchschnittliche Gehaltsentwicklung beim pädagogischen Fachpersonal begründet ist. Jäger weiter: „Damit ist die Kinderbetreuung die am stärksten subventionierte gemeindliche Leistung. Die Reduzierung der Öffnungszeiten oder gar die Schließung ganzer Gruppen sind also ganz offensichtlich nicht finanziell begründet, sondern dadurch, dass es faktisch nicht mehr Fachpersonal gibt. Und bei realistischer Betrachtung lässt sich dieses Fachpersonal auch auf absehbare Zeit nicht in der erforderlichen Zahl gewinnen, da es nicht am Markt verfügbar ist. Wenn also trotzdem jedem Kind ein bedarfsgerechtes Angebot gemacht werden soll, dann braucht es einen ernsthaften Dialog darüber, wie mit den tatsächlich verfügbaren und den realistisch verfügbar zu machenden Ressourcen die bestmögliche Lösung gestalten werden kann. Für einen solchen Dialog stehen die Kommunen jederzeit bereit. Ein einfaches Fingerpointing in Richtung der Kommunen hilft jedoch nicht. Vielmehr gilt auch für die Kinderbetreuung: Politik beginnt beim Betrachten der Realität.“